Jetzt soll der Bundesrat das WEF retten

Die Organisatoren des Weltwirtschaftsforums treffen am Montag den Standortentscheid. Die Innerschweizer Politiker machen mobil.

Roman Schenkel

Wenn Politiker offene schreiben, ist die Lage meistens hoffnungslos. Der Luzerner SVP-Nationalrat Franz Grüter sieht das ähnlich. Die Chancen, das Weltwirtschaftsforum WEF doch noch in der Schweiz zu halten, seien gering, räumt er ein. «Das ist aber kein Grund, nichts zu unternehmen!» Grüter hat gestern mit WEF-Gründer Klaus Schwab telefoniert, um ihm aufzuzeigen, «was ein negativer Entscheid für die Zentralschweiz für Konsequenzen hätte». Schwab weilt derzeit in Singapur, was Grüter als Zeichen wertet, dass der asiatische Stadtstaat einen Vorsprung hat. Schwab habe ihm gesagt, dass der Entscheid am Montag fallen wird.

Der Wirtschaftsanlass als **Jobsicherung**

Die drohende Verlegung vom Bürgenstock in Nidwalden nach Singapur, welche diese Zeitung am Montag publik gemacht hat, schreckte Grüter und eine Gruppe von 20 bürgerlichen Parlamentariern aus der Innerschweiz auf. In einem offenen Brief an Wirtschaftsminister Guy Parmelin schreiben sie: «Die Durchführung des WEF 2021 in Nidwalden und Luzern ist gerade in der aktuellen Zeit entscheidend für die Sicherung Hunderter Arbeitsplätze in der Zentralschweiz und für die langfristige Durchführung des WEF in der Schweiz!» Die Parlamentarier fordern den Bundesrat zum Handeln auf, damit der Wirtschaftsanlass doch noch in der Zentralschweiz stattfinden kann.

«Wenn sich das WEF jetzt gegen die Schweiz entscheidet, haben wir über 4000 Soldaten unnötigerweise angewiesen, ihre Wiederholungskurse



Der vorgesehene Austragungsort steht auf der Kippe: Das Luxusresort auf dem Bürgenstock. Bild: Pius Amrein (9. Oktober 2020)

zu verschieben», sagt Grüter. Das sei nur ein Beispiel. Gravierender sei die Situation der Hotels, die wegen Corona sowieso schon darbten.

«Im Raum Nidwalden und in der Stadt Luzern waren die Hotels für die WEF-Zeit im Mai bereits stark ausgebucht.» Nun würden auch diese Umsätze wegfallen - zudem seien eventuell potenzielle Gäste für diese Zeit abgewiesen worden. Hinzu kommen

die Kosten für Sicherheitskonzepte, die bereits erstellt wurden. «Die Kantone Luzern und Nidwalden haben dafür schon viel Geld ausgegeben», sagt Grüter.

Er habe Schwab eindringlich gebeten, diese Punkte in die Entscheidung einfliessen zu lassen. «Ich glaube nicht, dass er sich der weitreichenden Konsequenzen voll bewusst war», meint der SVP-Nationalrat. Wegen der

Coronapandemie hat Schwab das Stelldichein der Wirtschafts- und Regierungschefs um vier Monate nach hinten geschoben und in die Zentralschweiz verlegt.

Doch nun steht auch dieser Veranstaltungsort auf der Kippe. Dies, weil die Schweiz international als Corona-Hotspot in den Schlagzeilen steht. WEF-Teilnehmer haben den Veranstaltern ihre Skepsis mitgeteilt.

Schwab steht unter Druck: Das WEF darf kein Superspreader-Event werden und ist auf die Anwesenheit von Spitzenleuten angewiesen.

Singapur hatte seit März nur 29 Covid-Todesfälle

Das WEF hat deshalb alternative Veranstaltungsorte in Ländern geprüft, die weniger stark von Corona betroffen sind. Dabei hat sich Singapur durchgesetzt. Das Rennen scheint für die asiatische Metropole gelaufen. Vor allem weil die WEF-Verantwortlichen die Entwicklung der Pandemie in der Schweiz als kritisch einstufen. «Die Sicherheit und Gesundheit der Teilnehmer und der Bevölkerung haben für uns absolute Priorität», so Schwab in einer Mitteilung an einen Parlamentarier.

Für den Entscheid sei zentral, dass der Standort praktisch coronafrei sei und dies für die Zukunft gewährleisten könne. Zum Vergleich: Singapur verzeichnete zuletzt weniger als zehn Ansteckungen pro Tag und seit März nur 29 Todesfälle. In der Schweiz vermeldete das Bundesamt für Gesundheit allein gestern 4786 Neuinfektionen und 115 Todesfälle.

Wäre die Verlegung des WEF die Quittung für die lasche Schweizer Coronapolitik? «Ich finde, die Schweiz hat eine gute Balance zwischen Einschränkungen und dem Funktionieren der Wirtschaft gefunden», verteidigt Grüter den Schweizer Weg. Asiatische Länder mit einem «anderen Rechtssystem» hätten viel rigoroser durchgegriffen und hätten andere Möglichkeiten, Massnahmen durchzusetzen. «Es gibt für mich aber dennoch keinen Grund, das WEF nicht hier durchzuführen. Wir haben funktionierende Schutzkonzepte», sagt Grüter.

Funk-Gruppe

Cyber Allianz Liechtenstein – ganzheitlicher Cyberschutz für Unternehmen

Mit der neuen Allianz für Cyber-Sicherheit verfolgen die Gründer FL1, BDO und die Funk-Gruppe das Ziel, die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen mit Sitz in Liechtenstein gegenüber Cyber-Angriffen zu stärken. BDO übernimmt dabei den Beratungsteil, FL1 die Technologie und die Funk-Gruppe die Risikoanalyse und den Risikotransfer. Die drei Firmen sind aktive Mitglieder im Board von digital.liechtenstein.li und auch massgeblich an der Kampagne Cyber Security von digital-liechtenstein.li betei-



ligt. Die langjährige Erfahrung der drei spezialisierten Unternehmen hat klar aufgezeigt, dass nur im Verbund ihrer Leistungen und Produkte für Kunden der grösstmögliche Nutzen erzielt werden kann.

Liechtensteiner Unternehmen sind sensibilisiert

Die Studie Cyber-Sicherheit in Liechtenstein, welche im Auftrag von digitalliechtenstein.li durch die Universität Liechtenstein im Juni dieses Jahres pu-



Aldo Frick, Telecom Liechtenstein, Christian Wolf, BDO, Andy Bircher, Funk-Gruppe.

bliziert wurde, macht es deutlich. Über 60 % der mittelständischen Unternehmen rechnen damit, Opfer eines Cyberangriffes zu werden. 70 % der Unternehmen würden bei einem erfolgreichen Angriff massgeblich in ihrer Leistungserbringung behindert werden. Der coronabeschleunigte Trend zum Homeoffice hat nun die Verwundbarkeit der Unternehmen noch zusätzlich erhöht. Das wird von Cyber-Kriminellen skrupellos ausgenutzt.

Pragmatische Lösungen für den Mittelstand

Gemäss Studie wird sich die grosse Mehrheit der mittelständischen Unternehmen in den nächsten zwei Jahren verstärkt mit dem Ausbau der eigenen Cyber-Sicherheit beschäftigen. Dabei den richtigen Partner zu finden ist nun deutlich einfacher. Die Cyber Allianz Liechtenstein hat den Anspruch, den Liechtensteiner Unternehmen ein professioneller lokaler Partner zu sein, welcher mit umfassenden Cyber-Security-Dienstleistungen die Unternehmen nachhaltig cyberfit macht. (Anzeige)



Nestlé investiert in Umweltmassnahmen

Der Nahrungsmittelmulti Nestlé nimmt Milliardenbeträge in die Hand, um umweltfreundlicher zu wirtschaften. Der Konzern will in den nächsten fünf Jahren 3,2 Milliarden Franken zur Senkung seiner CO2-Emissionen investieren. Das Ziel: Bis 2050 Netto-Null-Emission. Bereits bis 2030 will Nestlé zudem seinen CO2-Ausstoss um die Hälfte reduzieren. Am Donnerstag veröffentlichte das Unternehmen dazu erstmals einen detaillierten Aktionsplan, wie es diese Klimaziele erreichen will. Fast die Hälfte der 3,2 Milliarden Franken werden laut der Mitteilung in die regenerative Landwirtschaft gesteckt. Nestlé arbeite bereits mit mehr als 500 000 Bauern und 150 000 Lieferanten zusammen, um sie bei der Anwendung von regenerativen Anbauverfahren zu unterstützen. Die regenerative Landwirtschaft widme sich dabei etwa der Bodengesundheit und stelle teils in Schieflage geratene Ökosysteme wieder her, erklärte Rob Cameron, Head of Public Affairs von Nestlé, anlässlich einer Videokonferenz. Der Agrarsektor ist mit Abstand der grösste Posten in der CO2-Bilanz von Nestlé. Die Produktion von Lebensmitteln macht den Angaben nach rund 70 Prozent des CO2-Fussabdrucks aus. Nestlé beteilige sich an den erforderlichen Investitionen der Bauern und erhöhe im Gegenzug die Abnahmemengen und zahle einen höheren Preis für die Produkte. (awp)